

Wir stellen fest: Das elementare Recht des Volkes auf ein Leben in gesichertem Frieden, frei von Neonazismus und Militarismus wird durch die Machthaber in Bonn permanent vergewaltigt. Die expansionistische Außenpolitik der Regierung in Bonn, die Annahme der kriegsvorbereitenden Notstandsgesetze durch den Bundestag, die Bonner Unterstützung des barbarischen USA-Mordfeldzuges gegen das vietnamesische Volk, der Einsatz westdeutscher Söldner im Kongo und in Vietnam stellen eklatante Verletzungen des Grundgesetz-Artikels 26 dar. Dieser Artikel verlangt, daß alle Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht unternommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, für verfassungswidrig erklärt und unter Strafe zu stellen sind.

Verfassungswidrig ist auch die staatliche Praxis in der westdeutschen Bundesrepublik, Arbeiter und Studenten mit brutaler polizeilicher Gewalt daran zu hindern, Einfluß auf die Politik der Regierung zu nehmen und von dem Recht und der Pflicht zum Frieden Gebrauch zu machen.

Die Renazifizierung in Westdeutschland, die Existenz einer neonazistischen Partei stellen einen Bruch des im Potsdamer Abkommen gesetzten Völkerrechts und der Urteile des Nürnberger Gerichtshofes dar. Sie sind ein ernster Verstoß gegen die Resolution der XXII. UN-Vollversammlung über „Zu ergriffende Maßnahmen gegen Nazismus und rassistische Intoleranz“ vom 29. Dezember 1967, wonach „der Nazismus mit den Zielen der Charta, mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ...“ unvereinbar ist: sie verstoßen gegen die Resolution der Menschenrechtskommission der UN vom 8. März 1968, die vorschlägt, „... unverzüglich gesetzgeberische und andere positive Maßnahmen zu treffen, um Gruppen und Organisationen, die Propaganda für den Nazismus ... verbreiten, zu ächten und gerichtlich zu verfolgen“. Die Renazifizierung widerspricht schließlich auch Art. 1 Abs. 2, Art. 9 Abs. 2, Art. 26 Abs. 1, Art. 25 und Art. 139 des Bonner Grundgesetzes.

Immer breitere Kreise in der westdeutschen Bundesrepublik fordern als entscheidenden Schritt zu einem gesicherten friedlichen Leben, frei von Neonazismus und Militarismus, vor allem die Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen, die vollständige Aufgabe der Alleinvertretungsanmaßung und die Anerkennung der DDR durch vertraglich garantierte gleichberechtigte Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

In der westdeutschen Öffentlichkeit wird in Kundgebungen und Demonstrationen die Forderung erhoben, daß die Regierung in Bonn auf Besitz, Mitbesitz oder Verfügungsgewalt über Atomwaffen verzichtet, den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, echte Bemühungen um ein System der kollektiven Sicherheit in Europa unternimmt und die vorbehaltlose Unterstützung des mit rücksichtsloser Grausamkeit von den USA geführten Krieges gegen das vietnamesische Volk sofort einstellt.

Gewerkschafts- und Jugendorganisationen, Christen und Antifaschisten, Schriftsteller und Künstler verlangen die Aufhebung der Notstandsgesetze, die Entfernung aller belasteten Nazis und neonazistischen Kräfte aus Regierungssämtern, aus Justiz, Polizei und Bundeswehr. Sie fordern das Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen, die Einstellung aller revanchistischen und militaristischen Publikationen, die Verhinderung der Verjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen sowie die Bestrafung der dafür Schuldigen, wie es das Völkerrecht gebietet.

Mit diesen Forderungen befinden sich die demokratischen und antifaschistischen Kräfte in Westdeutschland in Übereinstimmung mit den Festlegungen des Potsdamer Abkommens, mit den Menschenrechtsdeklarationen und nicht zuletzt mit wichtigen Verfassungsgeboten des Bonner Grundgesetzes.